

kapital eine umgestülpte, manipulierte Verfassung weiterhin als Tarnmantel seiner Herrschaft benutzen. Es verschafft sich aber zugleich alle Ermächtigungen, um zum gegebenen Zeitpunkt zur offenen Militärdiktatur übergehen zu können. Die Förderung der neuen Nazipartei durch die CDU/CSU dient den Interessen der reaktionärsten, aggressivsten Kreise.

Das alles ist nur möglich durch die Beihilfe rechter sozialdemokratischer Führer. Eigens zu diesem Zweck wurden sie von den Kräften des Finanzkapitals in die Regierung Kiesinger/Strauß einbezogen. Seit Jahren haben sie als „Oppositionspartei“ unter Hinweis auf die Verfassung Illusionen über die wahren Machtverhältnisse im Staat erweckt und zugleich die Werktätigen daran gehindert, dafür zu kämpfen, daß die Verfassungsgrundsätze Wirklichkeit werden. Nunmehr ist ihnen in Regierungsgemeinsamkeit mit der Partei des Monopolkapitals die Funktion zugebracht, den Widerstand der Volkskräfte, vor allem der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, abzufangen und unwirksam zu machen. Gleichzeitig sollen die sozialdemokratischen Minister und Parlamentarier dem Monopolkapital die parlamentarische Mehrheit verschaffen, um den Diktaturgesetzen den Schein demokratischer Legitimation zu verleihen. Somit erweist sich die Bonner Koalition als Instrument des perfekten Verfassungsverrats.

Diese Entwicklung ist Ergebnis der tiefen antagonistischen Widersprüche der imperialistischen Klassengesellschaft, des fundamentalen Gegensatzes zwischen den friedlichen Interessen der übergroßen Volksmehrheit und dem Profit- und Expansionsstreben der kleinen herrschenden Minderheit des Finanzkapitals. Sie ist Ausdruck der Tatsache, daß die Monopole ihr staatsmonopolistisches Herrschaftssystem weiter ausbauen. Dieser herrschenden Minderheit ist die eigene Verfassung im Wege, weil die soziale Basis ihrer Herrschaft immer schmaler wird. Sie kann sich nicht einmal mehr die bescheidensten bürgerlich-demokratischen Rechte leisten, und sei es auf dem Papier.

4=>er das wird ihnen alles nichts helfen. Es wird nur immer klarer, und immer mehr Westdeutsche beginnen darüber nachzudenken, daß eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland nötig ist. Die demokratischen Kräfte in Westdeutschland, die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften, die humanistische Intelligenz, die progressiven Kräfte des Mittelstandes und die christlichen und liberalen Kreise des Bürgertums setzen sich völlig zu Recht gegen die Beseitigung der demokratischen Grundsätze der westdeutschen Verfassung zur Wehr.

in ihrem Kampf gegen Notstandsdictatur, für eine Politik der Abrüstung und Entspannung, für Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden leutschön Staaten durch Anerkennung der DDR, für Mitbestimmung in Wirtschaft und Staat und für soziale Sicherheit befinden sich diese Kräfte in voller Übereinstimmung mit den in der Verfassung formulierten demokratischen Geboten und dem Völkerrecht. Sie haben die legitime demokratische Portion.

Die Entwicklung in der westdeutschen Bundesrepublik beweist aber auch, daß bürgerlich-demokratische Verfassungsrechte allein nicht genügen, um den Interessen des Volkes Geltung zu verschaffen. Verfassungsfragen sind /sachfragen. Solange die Staatsmacht von den Kräften des Großkapitals und Ailitarismus usurpiert ist und sich das Volk keine politischen und ökonomischen Machtpositionen erkämpft, stehen seine demokratischen und sozialistischen Rechte bestenfalls auf dem Papier. Deshalb kann sich, wie westdeutsche emokratische Kräfte feststellen, der Kampf für Demokratie nicht allein auf die Verteidigung proklamierter Verfassungsgrundsätze beschränken.

*Demokratie verlangt die Verwirklichung jener antimonopolistischen, anti-*